



EUROPÄISCHES PARLAMENT



Dr. med. Peter Liese

MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

KOORDINATOR (SPRECHER) DER EVP-FRAKTION IM AUSSCHUSS FÜR UMWELTFRAGEN,
VOLKSGESUNDHEIT UND LEBENSMITTELSICHERHEIT
MITGLIED DES CDU-BUNDES-VORSTANDS

13.05.2016/db

Impulsreferat zum Thema „Flucht und Migration – Reisefreiheit für alle?“ anlässlich des Partnerschaftsbesuchs aus der polnischen Stadt Zagan

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste aus Zagan,

ich freue mich sehr, dass ich heute anlässlich des Partnerschaftstreffens ein paar Worte sagen darf. Städtepartnerschaften sind gelebte europäische Integration und, was immer Politiker beschließen, wenn es nicht von den Menschen gelebt wird, können wir in Europa keine wirkliche Einigung erreichen. Daher bedanke ich mich bei allen, vor allen Dingen den ehrenamtlichen Helfern, die dafür gesorgt haben, dass die Städtepartnerschaft zwischen Netphen und Zagan seit vielen Jahren so gut funktioniert.

Ich finde es vor allen Dingen wichtig, dass Kommunen in Deutschland, nicht nur, so wie traditionell, mit französischen Kommunen zusammenarbeiten. Die Zusammenarbeit und die Freundschaft mit unseren Nachbarn im Osten ist leider nicht so stark ausgeprägt. Deswegen ist Netphen ein besonders gutes Beispiel und sollte Vorbild für andere Kommunen sein.

Deutschland und Polen verbindet eine lange wechselvolle Geschichte und um die Gefühle und Interessen Polens zu verstehen, müssen wir auch anerkennen, dass Deutschland seine polnischen Nachbarn oft unmenschlich und grausam behandelt hat. Daher ist es wunderbar, dass - durch den Beitritt Polens in die Europäische Union im Jahr 2004 - wir nun dauerhaft in einer friedlichen Partnerschaft zusammenleben können. Deutschland verdankt Polen sehr viel. Es war der polnische Papst Johannes Paul II., der den Wandel in den Ländern des Ostblocks eingeleitet hat. Durch seine mutige Rede bei seinem Besuch in Polen haben die Menschen Mut gefasst und es waren die Menschen in Polen, die durch die Unterstützung der unabhängigen Gewerkschaft Solidarność die erste Öffnung in einem kommunistischen Land des Ostblocks herbeigeführt haben. Dies war der Wegbereiter für die Politik Gorbatschows, für die friedliche Revolution in vielen Ländern des früheren Ostblocks und auch in der ehemaligen DDR. Ich glaube es ist nicht übertrieben wenn ich sage, dass die Ereignisse in Polen und der Mut der Menschen in Polen eine wichtige Voraussetzung für die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit waren. Daher ist die deutsch-polnische Freundschaft ein hohes Gut.

Im Moment ist das deutsch-polnische Verhältnis stark belastet. Aus meiner Sicht vor allen Dingen durch die Diskussion über Flucht und Migration und ich glaube, deshalb haben die Veranstalter mich auch gebeten über dieses Thema zu sprechen. Deutschland hat im letzten Jahr über eine Million Flüchtlinge aufgenommen und viele Menschen in Deutschland verstehen nicht, dass Polen sich weigert einen Teil dieser Flüchtlinge zu übernehmen. Ich denke wie so oft im Leben, liegt die Wahrheit nicht ganz bei der einen oder der anderen Seite. Aus meiner Sicht war die Politik Deutschlands und insbesondere von unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel, die im Sommer letzten Jahres durch die Aussetzung des sogenannten "Dubliner Abkommens" für Flüchtlinge aus Syrien eingeleitet wurde, d.h. das Flüchtlinge aus Syrien nicht mehr in sichere Herkunftsländer zurück geschickt wurden, zwar gut gemeint, aber die Konsequenzen waren hoch problematisch. Denn es sind ja keineswegs nur Verfolgte aus Syrien gekommen. Zu einem bestimmten Zeitpunkt im Spätsommer und Herbst letzten Jahres hatten wir überhaupt keine Kontrolle mehr über die

Europabüro für Südwestfalen

Le-Puy-Str. 17, 59872 Meschede

Tel. 0291 9959-13, Fax 0291 9959-27

E-Mail: info@peter-liese.de

<http://www.Peter-Liese.de> • www.facebook.com/peter.liese • www.twitter.com/peterliese

Europäisches Parlament

Rue Wiertz, ASP 15 E165, 1047 Brüssel

Tel. 00322/2837981, Fax 00322/2849981

E-Mail: peter.liese@europarl.europa.eu

Frage, wer nach Deutschland und damit in die Europäische Union, in den Schengen Raum mit offenen Grenzen, kommt. Und dass in Polen daher viele den Eindruck hatten, die Deutschen lassen jeden rein und wollen dann, dass wir die Menschen bei uns übernehmen, kann ich in gewisser Weise verstehen. Es war dringend erforderlich Ordnung in der Sache zu schaffen und schon lange vor der Schließung der Balkan-Rute wurde an der deutschen Grenze wieder jeder, der einreist, kontrolliert. Aber auf der anderen Seite ist auch die Position Polens und insbesondere die Position der neuen polnischen Regierung, die auf einer absoluten Mehrheit der PiS-Partei von Herrn Kaczyński beruht, nicht akzeptabel. Die Europäische Union ist keine reine Wirtschaftsgemeinschaft, sondern auch eine Wertegemeinschaft und viele Menschen in Deutschland haben den Eindruck, dass unsere osteuropäischen Freunde Europa nur dann gut finden, wenn es Fördermittel gibt, aber die entsprechenden Pflichten nicht wahrnehmen. Ich glaube das ist übertrieben, aber wir Politiker müssen in Polen, wie in Deutschland hören, was die Bevölkerung denkt und sagt und deswegen sollten sich auch die Verantwortlichen in Polen der Gefahr bewusst sein, dass es bei den nächsten Finanzverhandlungen große Probleme geben kann.

Entscheidend ist aber die inhaltliche Argumentation. Nicht alle Menschen die nach Europa kommen möchten, können wir aufnehmen, aber es gibt eine Verpflichtung aus europäischem, internationalen und nationalen Recht, Menschen die vor Krieg flüchten und insbesondere die auf Grund ihres Glaubens, ihrer politischen Überzeugung oder ähnlichen Gründen verfolgt werden, müssen wir aufnehmen. Und dies ist keine Verpflichtung, die nur für Deutschland gilt, sondern sie gilt für alle europäischen Länder. Im Artikel 80 des EU-Vertrages heißt es: *"Für die unter dieses Kapitel¹ fallende Politik der Union und ihre Umsetzung gilt der Grundsatz der Solidarität und der gerechten Aufteilung der Verantwortlichkeiten unter den Mitgliedstaaten, einschließlich in finanzieller Hinsicht. Die aufgrund dieses Kapitels erlassenen Rechtsakte der Union enthalten, immer wenn dies erforderlich ist, entsprechende Maßnahmen für die Anwendung dieses Grundsatzes."* Aus dem gemeinsamen europäischen Asylsystem ergibt sich daher die Verpflichtung eine gemeinschaftliche Lösung unter Wahrung des "Grundsatzes der Solidarität und der gerechten Aufteilung der Verantwortlichkeit" (Artikel 80 EU-Vertrag) zu finden mit der die Gewährung von effektivem Schutz für schutzbedürftige Personen sichergestellt wird. "In einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes heißt es: *„Der Vertrag erlaubt es den Mitgliedstaaten, die Vorteile der Gemeinschaft zu nutzen, er erlegt ihnen aber die Verpflichtung auf, deren Rechtsvorschriften zu beachten. Stört ein Staat aufgrund der Vorstellung, die er sich von seinen nationalen Interessen macht, einseitig das mit der Zugehörigkeit zur Gemeinschaft verbundene Gleichgewicht von Vorteilen und Lasten, so stellt dies die Gleichheit der Mitgliedstaaten vor dem Gemeinschaftsrecht in Frage (. . .). Ein solcher Verstoß gegen die Pflicht der Solidarität, welche die Mitgliedstaaten durch ihren Beitritt zur Gemeinschaft übernommen haben, beeinträchtigt die Rechtsordnung der Gemeinschaft bis in ihre Grundfesten².*

Besonders beeindruckt hat mich die Rede von Papst Franziskus im Europäischen Parlament am 25. November 2014. Zu einem Zeitpunkt, als das Thema Flüchtlinge in Deutschland keineswegs oben auf der Tagesordnung stand, viele Menschen immer noch der Meinung waren, was im Mittelmeer vor der Küste Italiens passiert ginge sie nichts an, sagte der Papst: *"Man kann nicht hinnehmen, dass das Mittelmeer zu einem großen Friedhof wird! Auf den Kähnen, die täglich an den europäischen Küsten landen, sind Männer und Frauen, die Aufnahme und Hilfe brauchen"*. Im November 2015 sagte Papst Franziskus einem portugiesischen Radiosender: "Wir müssen Flüchtlinge aufnehmen, weil das ein Gebot der Bibel ist." Deswegen ist es gerade für viele Christen in Deutschland schmerzhaft, wenn man von Politikern aus Osteuropa, die sich selbst als Christen bezeichnen, hört, dass sie entweder gar keine Flüchtlinge aufnehmen, oder wenn überhaupt nur Christen. In der Bibel steht, "Liebe Deinen Nächsten" und nicht "Liebe Deinen Nächsten solange er Christ ist".

¹ Kapitel 1 "Allgemeine Bestimmungen" zum Titel V "Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts"

² EuGH, Rs. [128/78](#), Slg. 1979, [419](#), Rn. [9](#), [12](#) (Kommission/Vereinigtes Königreich)

Liebe Freundinnen und Freunde, ich habe ein sehr gutes Verhältnis zu vielen Politikern in Polen und zwar nicht nur aus der Opposition, wie z.B. zu dem ehemaligen Kommissar Janusz Lewandowski, oder der jetzigen Kommissarin Elżbieta Bieńkowska oder dem ehemaligen Premierminister Jerzy Buzek, sondern auch zu Vertretern der Regierungspartei. Mit dem polnischen Europaminister Konrad Szymanski arbeite ich in vielen Sachfragen sehr gut zusammen. Aber gerade unter Freunden muss man sich auch die Meinung sagen und muss vor Fehlentwicklungen warnen. Deswegen appelliere ich dringend an die Verantwortlichen in Polen, von ihrer grundsätzlichen starren Haltung abzuweichen. Wir in Deutschland haben Fehler gemacht und müssen aufpassen, dass sich diese Fehler nicht wiederholen, aber es darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir Menschen, die vor Krieg oder gar politischer oder religiöser Verfolgung flüchten, helfen müssen. Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker sagte bei einer Rede im Europäischen Parlament kürzlich, *"Wir Europäer sollten uns daran erinnern, dass Europa ein Kontinent ist, auf dem im Laufe der Geschichte fast jeder einmal ein Flüchtling war. Unsere gemeinsame Geschichte ist geprägt von Millionen von Europäern, die vor religiöser und politischer Verfolgung, vor Krieg, vor Diktatur und vor Unterdrückung fliehen mussten. Haben wir vergessen, dass 20 Millionen Menschen polnischer Abstammung in Folge politisch und wirtschaftlich motivierter Auswanderungswellen, bedingt durch zahlreiche Grenzverschiebungen, Zwangsvertreibung und Zwangsumsiedlung, den Polen im Laufe seiner oft leidvollen Geschichte ausgesetzt war, außerhalb Polens leben?"*. Wir Europäer sollten wissen und niemals vergessen, warum es so wichtig ist Zuflucht zu bieten und für das Grundrecht auf Asyl einzustehen.

Meine Damen und Herren, zum Schluss möchte ich einen wichtigen positiven Gedanken äußern. Die Flüchtlinge kommen nach Europa, die Flüchtlinge fliehen vor Krieg und Hunger und sie wollen nach Europa. Das bringt uns viele Probleme, aber auf der anderen Seite ist es auch ein positives Zeichen, denn Jahrhunderte lang mussten Europäer vor Krieg und Hunger in andere Gegenden der Welt fliehen. Nach dem Zweiten Weltkrieg lagen Deutschland, Polen und andere europäische Länder in Schutt und Asche und niemand hätte sich vorstellen können, dass sie 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges nicht nur im Westen Europas dauerhaft Frieden, Stabilität und Wohlstand haben, sondern dass wir auch friedlich mit unseren Freunden, die lange Zeit hinter dem "Eisernen Vorhang" leben mussten, vereint sind. Polen hat in den letzten 25 Jahren eine rasante wirtschaftliche Entwicklung vollzogen. Der Vergleich zur Ukraine, die nach wie vor auf dem Niveau der neunziger Jahre ist, zeigt eindrucksvoll, wie Polen sich entwickelt hat. Deutschland hatte diese Möglichkeit schon seit 70 Jahren. Gemeinsam profitieren wir von den Vorteilen der europäischen Einigung, von Frieden, Freiheit und Wohlstand. Bei all den Problemen die wir haben sollten wir dies nicht vergessen. Die europäische Einigung hat uns Frieden, Wohlstand und Stabilität gebracht und sollte deshalb auf keine Fall aufs Spiel gesetzt werden.

Europabüro für Südwestfalen
Le-Puy-Str. 17, 59872 Meschede
Tel. 0291 9959-13, Fax 0291 9959-27
E-Mail: info@peter-liese.de

<http://www.Peter-Liese.de> • www.facebook.com/peter.liese • www.twitter.com/peterliese

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E165, 1047 Brüssel
Tel. 00322/2837981, Fax 00322/2849981
E-Mail: peter.liese@europarl.europa.eu